

**22**  
**74**

# Union in Deutschland

Bonn, den 30. Mai 1974

## Vetter gefährdet Unabhängigkeit der Gewerkschaften

Der DGB-Vorsitzende Vetter schwimmt zur Zeit völlig im Fahrwasser der SPD. Das ist gewiß nicht die Haltung der gesamten Gewerkschaften. Völlig absurd ist die Behauptung Vetters, die Union wolle die Freiheit und Autonomie der Gewerkschaften einschränken. CDU-Generalsekretär Prof. Kurt H. Biedenkopf erklärt hierzu:

Herr Vetter leistet der deutschen Gewerkschaftsbewegung mit dieser Politik einen schlechten Dienst. In Sachen Tarifautonomie verstellt er ihr damit die Chance eines echten Beitrages zu einem Problem, daß uns seit Jahren beschäftigt und zu den wichtigsten Fragen des Verhältnisses von Staat und gesellschaftlichen Gruppen gehört. Ihre Klärung ist eine politische Aufgabe, an deren Lösung die politischen Parteien maßgeblich mitzuwirken haben.

Es ist zu begrüßen, daß sich die Koalition diese Einsicht ebenfalls zu eigen gemacht hat. Über die Art und Weise, wie dieser Verantwortung für das Ganze entsprochen werden kann, muß diskutiert werden. Ohne wirkliche Bereitschaft zum Gespräch mit allen politischen Parteien ist dies für den DGB nicht möglich.

### ■ STEUERREFORM

Statt einer dauerhaften steuerlichen Entlastung der mittleren Einkommensbezieher verabreicht die SPD/FDP-Koalition dem Wähler im Rahmen der Steuer-„Reform“ kurzfristige Vorteile.

Dokumentation

### ■ WAHLKAMPF-KOSTEN

Die anlässlich der Novellierung des Parteiengesetzes heraufgesetzte Wahlkampfkostenersatzung ist die längst überfällige Angleichung des noch an der Kaufkraft des Jahres 1965 orientierten Meßbetrages von 2,50 DM an die inflationäre Entwicklung.

Seite 4

### ■ VERFASSUNG

Zu einem feierlichen Bekenntnis der CDU zur Demokratie wurde der anlässlich des 25jährigen Bestehens der Verfassung von der Konrad-Adenauer-Stiftung in der Frankfurter Paulskirche veranstaltete Festakt.

Seite 5

### ■ WERTVERLUSTE

In der Haushaltsdebatte des Bundestages gab der CDU-MdB Dr. Rudolf Sprung einen Überblick über die einmalig hohen Substanzverluste für Millionen von Sparern und Wertpapierbesitzern, Verluste, „die die normale Vorstellungskraft übersteigen“.

Seite 7

## ■ INFORMATIONEN

### SPD-Politiker kritisiert Bundeskanzler Schmidt

In der neuesten Ausgabe des Nachrichtenmagazins der „Spiegel“ hat der SPD-Abgeordnete Ulrich Lohmar die politische Sprache von Bundeskanzler Schmidt heftig kritisiert. Nach Ansicht Lohmars nähert sich Schmidt „klassischen vordemokratischen Ansichten über das Verhältnis von Staat und Bürgern“. Seine Sprache zeuge von einem naiven und verblasenen Pathos. „In diesen sprachlichen Dunstkreis“, so wörtlich der SPD-Abgeordnete, „hätte man eigentlich einen verantwortlichen Regierungschef nicht vermutet.“ Schmidts Vorliebe für den Gehorsam sei besonders dann ausgeprägt, wenn er befehlen könne. Er werde selbst dort noch schwierige Aufgaben lösen, wo es gar keine gebe. Der Sprecher der SPD-Fraktion erklärte dazu auf Anfrage, bei diesen Äußerungen handele es sich um die private Meinung des Abgeordneten Lohmar.

### „Entspannung“ als Gefahrenherd

Scharfe Kritik an der Politik der amerikanisch-sowjetischen Entspannung hat eine Anzahl namhafter westlicher Gelehrter und Spezialisten in einer umfassenden Studie geübt, die in der ersten Nummer einer neuen Zeitschrift über internationale Politik mit dem Titel „International Review“ am Freitag in London erschien. Die Autoren — darunter der Schriftsteller Robert Conquest, Brian Crozier, Direktor des Londoner Instituts für Konfliktforschung, und der Staatsrechtler Professor Leonhard

Shapiro — fordern in ihrem Beitrag eine Grundsatzörterung über Mittel und Ziele einer echten Entspannung.

Die bisherige Politik habe dazu geführt, daß die Fähigkeit des Westens zur Sicherung seiner Werte und seiner Lebensweise untergraben wurde. In ihrer heutigen Erscheinungsform sei die Detente ein „wirksames Instrument bei dem Prozeß der Schwächung des Westens“.

Die Autoren erklären zu dieser Politik: „Sie hat es möglich gemacht, daß politische Mißerfolge im Westen als Erfolge für den Frieden ausgegeben wurden, daß die Phantasie von Geschäftsleuten über Gewinne als rationale Vorhaben im Interesse des Staates und der militärische Niedergang des Westens als eine Errungenschaft hingestellt wurde, die zu strategischer Stabilität wurde, die die zu strategischer Stabilität führt.“ Weiter wird ausgeführt: „Detente wird solange nicht echt sein, wie ‚friedliche Koexistenz‘ für die sowjetische Führung nur ein Euphemismus für einen Konflikt ist, der gerade noch unterhalb der Schwelle zum Krieg bleibt.“

### Förderung darf Sport nicht abhängig machen

Der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl hat sich für die Freiheit und Unabhängigkeit der Sportorganisationen in der Bundesrepublik ausgesprochen. Vor dem Deutschen Sportbund in Essen erklärte der CDU-Vorsitzende, die CDU lehne alle Versuche der Mächtigen, den „Sport zu gebrauchen“, ab. Ein Monopolanspruch von Staat und Kommune habe bestenfalls Platz in totalitären Regimen. Kohl forderte eine eindeutige für beide Seiten verbindliche Grundlage für das Verhältnis von Staat und Sport, so wie sie der Bundessportplatz darstelle, den die CDU/CSU-Fraktion in

einem Antrag von der Bundesregierung gefordert habe.

Wie ernst die CDU dieses partnerschaftliche Verhältnis nimmt, zeigt sich nach den Worten Kohls im Sportförderungsgesetz in Rheinland-Pfalz, das mit den Zufälligkeiten in der staatlichen Sportförderung aufräumt und erstmals in der Bundesrepublik klare gesetzliche Grundlagen für die Förderung aller Sporteinrichtungen schafft und den Vereinen einen Rechtsanspruch auf staatliche Förderung garantiert.

### Steuerbeamte: Reform zum 1. Januar unmöglich

Der Vorsitzende des Bundes Deutscher Steuerbeamten, Fredersdorf, erklärte in Frankfurt, die Steuerreform sei von vornherein zum Scheitern verurteilt, weil weder die sachlichen noch die personellen Voraussetzungen für sie bei einem Personalmangel von 35 % in den Finanzämtern gegeben seien. Auch sei zu bezweifeln, ob mit der Steuerreform tatsächlich Gerechtigkeit angestrebt werde. Solange rund fünf Millionen Mark im Jahr wegen Funktionsunfähigkeit der Steuerverwaltungen von den einkommensstarken Bürgern nicht eingezogen würden, sei Steuergerechtigkeit „Makulatur“.

### CDU-Bundeskulturausschuß:

Der Bundeskulturausschuß der CDU hat auf seiner konstituierenden Sitzung in Bonn den rheinland-pfälzischen Kultusminister Dr. Bernhard Vogel erneut einstimmig zu seinem Vorsitzenden gewählt. Als stellvertretende Vorsitzende wählte der Ausschuß den bildungspolitischen Sprecher der niedersächsischen CDU, den Landtagsabgeordneten Dr. Werner Remmers und den bildungspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Anton Pfeifer. MdB.

## STICHWORTE

### Valéry Giscard d'Estaing

*ist am 19. Mai mit der knappen Mehrheit von 50,71 Prozent zum 20. Präsidenten der französischen Republik seit 1848 gewählt worden. Francois Mitterand unterlag mit einem Stimmenanteil von 49,28 Prozent.*

### Jacques Chirac,

*bisheriger französischer Innenminister, wurde von dem neuen französischen Staatsoberhaupt Giscard d'Estaing noch am Tage seiner Amtsübernahme zum französischen Ministerpräsidenten ernannt.*

### Neue Atommacht

*ist Indien mit der unterirdischen Zündung eines Plutonium-Sprengsatzes geworden. Die Atommacht soll allerdings nur für friedliche Zwecke eingesetzt werden.*

### Willi Weyer

*wurde auf dem DSB-Bundestag in Essen mit 343 Stimmen bei drei Enthaltungen als Nachfolger des zurückgetretenen Wilhelm Kregel zum dritten Präsidenten des Deutschen Sportbundes gewählt.*

### Wehrdienstverkürzung

*von zwölf auf sechs Monate sieht ein Gesetzentwurf vor, den der belgische Ministerrat gebilligt hat. Ebenso dürfen danach Frauen in den Streitkräften Dienst tun.*

### Mit 99,91 Prozent

*Ja-Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 98,27 Prozent haben die Kommunalwahlen in der DDR am 19. Mai die erwartete hohe Zustimmung für die Kandidaten der „Nationalen Front“ gebracht. Der Anteil der Gegenstimmen wurde mit 0,09 Prozent ausgewiesen.*

## ■ PARTEIEN

# Wahlkampfkosten ein Stück Inflationsschicksal

**Der Deutsche Bundestag hat den Meßbetrag für die Wahlkampfkostenerstattung von bislang 2,50 Mark auf 3,50 Mark heraufgesetzt. Um emotionellen Reflexen, die sich an der vermeintlichen Großzügigkeit bei der Erhöhung von Diäten und Wahlkampfkostenmitteln entzündet, sachlich vorzubeugen, faßte Dr. Konrad Kraske die Haltung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur Novellierung des Parteiengesetzes zusammen:**

**D**er Meßbetrag für die Wahlkampfkostenerstattung soll von 2,50 DM auf 3,50 DM, also um 40 %, erhöht werden. Wie schon anläßlich der 1. Lesung der Novelle vor einigen Wochen wird es auch jetzt nicht an Stimmen fehlen, die den Parteien zuviel Großzügigkeit in eigener Sache vorwerfen. Wahrscheinlich wird man auch wieder von dem stillschweigenden Einvernehmen sprechen, das ein sonst so zerstrittenes Parlament jeweils dann beweise, wenn es um finanzielle Interessen der Abgeordneten oder ihrer Parteien gehe.

Dabei ist das eine so falsch wie das andere. Die Fraktionen sind nämlich keineswegs von vornherein einig, wenn es um ihr Geld geht; richtig ist vielmehr, daß über derartige Fragen in der Regel erst dann öffentlich geredet wird, wenn sich die Fraktionen geeinigt

haben (was im Falle der Novellierung des Parteiengesetzes immerhin mehrere Jahre gedauert hat!).

Dabei hat niemand beabsichtigt, das 1967 beschlossene Parteiengesetz in seiner Substanz zu verändern, d. h. den Beitrag des Steuerzahlers zur finanziellen Stabilisierung unserer Parteidemokratie prinzipiell zu erhöhen. Die öffentliche Bezuschussung der Parteien soll eine Teilfinanzierung bleiben.

Die jetzige Novelle hat kein anderes Ziel, als den ursprünglichen Zustand wieder herzustellen. Die Wahlkampfkostenerstattung aufgrund des alten Meßbetrages von 2,50 DM entspricht nämlich seit Jahren nicht mehr dem, was der Gesetzgeber bei der Verabschiedung des Parteiengesetzes gewollt hatte.

Der Meßbetrag von 2,50 DM war damals, einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts folgend, an den Kosten des Bundestagswahlkampfes 1965 orientiert worden. Daß 2,50 DM des Jahres 1974 nach ihrem Wert und ihrer Kaufkraft nicht mehr 2,50 DM des Jahres 1965 sind, weiß jeder. Es geht bei der Erhöhung auf 3,50 DM ausschließlich um einen Inflationsausgleich, wie er nach der Wirtschafts- und Finanzpolitik der letzten Jahre leider auf so vielen Gebieten unabweisbar ist.

Die Novellierung des Parteiengesetzes ist also alles andere als eine heimliche Bereicherung der Parteien. Sie ist eine längst überfällige Korrektur, die nicht einmal ausreicht, den Ausgangszustand wieder herzustellen. Die Novellierung des Parteiengesetzes ist ein Stück Inflationsschicksal, und wer daran Anstoß nehmen will, soll nicht pauschal „die Parteien“ tadeln, sondern diejenigen, die die Verantwortung für die inflationäre Entwicklung der letzten Jahre tragen.

## ■ GRUNDGESETZ

# 25 Jahre Verfassung: Demokratie die „unbequemste Staatsform“

**Zu einem einmütigen Bekenntnis der Christlich Demokratischen Union Deutschlands zum freiheitlich-demokratischen Staat und zu seinem Grundgesetz wurde ein Festakt, zu dem die Konrad-Adenauer-Stiftung aus Anlaß des 25. Jahrestages der Verfassung der Bundesrepublik führende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in die Frankfurter Paulskirche gebeten hatte.**

**M**it besonderer Herzlichkeit begrüßte die festliche Versammlung — unter den prominenten Teilnehmern Helmut Kohl, Kurt Biedenkopf und Karl Carstens — einige der Unions-Mitglieder des Parlamentarischen Rates: Professor Dr. Paul Binder, Anton Hilpert, Dr. Walter Strauss, Dr. Werner Hofmeister, Karl S. Mayer und Ernst Wimmer.

Dr. Bruno Heck, Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung erinnerte an Konrad Adenauer, den Präsidenten des Parlamentarischen Rates, der in dieser Eigenschaft — dann aber vor allem als der erste Kanzler der Bundesrepublik Deutschland — jenen Geist mitgestiftet und mitgestaltet habe, in dem der junge Staat herangewachsen sei. Heck umschrieb diesen Geist mit den Tugenden: „Republikanische Gesinnung, bürgerliche Freiheit und zupackende Sicherheit im demokratischen Stil.“

Richard von Weizsäcker nannte in seiner Rede die Demokratie die „unbe-

quemste und anspruchsvollste aller Staatsformen“. Wörtlich sagte er: „Sie verlangt mehr Nüchternheit und Einsicht ihrer Bürger, als daß sie sie durch Hingabe und Begeisterung binden könnte. Hier liegt eine Herausforderung vor allem an die Parteien. Wir nehmen sie in dem Bewußtsein an, daß es nicht Sache einer Partei ist, das Wahre, Gute und Schöne für den Menschen zu definieren und zu dekretieren. Das eben tun nur totalitäre Systeme und Programme.“

Aber die Rolle der Parteien in der freien Gesellschaft kann nicht die Neutralität gegenüber Sitte, Wert und Ziel des Menschen sein. Sondern sie wirken mit ihren Ideen und Maßstäben auf das Bewußtsein der Menschen ein. In solchem demokratischen Wettbewerb findet das freie Gemeinwesen am besten zu sich selbst.

Die Grundwerte vor allem sind es, über die wir im Wettbewerb die Verständigung suchen. Denn sie liegen dem Gemeinwesen als Ganzem zugrunde und bewähren sich nicht als Kampfmittel einer Partei oder Gruppe, sondern in ihrer Verbindlichkeit für alle.“

Richard von Weizsäcker sprach die CDU als Volkspartei an: „Als Volkspartei treten wir für die Grundwerte ein. Die Mitglieder einer Volkspartei kommen aus allen Schichten, Gruppen und Berufen. Ihre Politik dient dem ganzen Volk. Dieser unser Gedanke der Volkspartei war ein neuer Anfang in der deutschen Par-

teilengeschichte. Die Menschen verstanden den Aufruf, Politik partnerschaftlich und solidarisch in Angriff zu nehmen.

Bequem geht es in einer Volkspartei nicht zu. Der Widerstreit von Richtungen und die Hoffnung auf neue Wähler verführt manchen Politiker zum Plan für eine vierte oder fünfte Partei. Gewiß ist die Arbeit im Kreise engerer Gesinnungsgenossen einfacher. Aber einer Lösung der Aufgaben bringt uns dies nicht näher. Es hilft weder zur Durchsetzung der eigenen politischen Richtung, noch dient es der Verantwortung für das Ganze. Die große Volkspartei erwies sich als das überzeugende Konzept für die Bewältigung der Nachkriegsprobleme; sie bleibt es auch für die Zukunft.

Der Partner im Gemeinwesen, das ist der Bürger, der für die personale Verantwortung eintritt und gleich weit entfernt bleibt vom sittlich ungebundenen Individualismus wie Kollektivismus. Das setzt in der Arbeitswelt und in der Freizeit dieselben Maßstäbe verantworteter Freiheit.“

## Grundgesetz hat sich bewährt

In seiner Rede an die Festversammlung in der Paulskirche erinnerte der CDU-Vorsitzende, Helmut Kohl, eingangs an die historische Bedeutung dieser Stätte und sagte, mancher der Väter des Grundgesetzes hat die Reichsverfassung von 1849 in die Sitzungen des Parlamentarischen Rates mitgenommen. Kohl wörtlich: „Das Grundgesetz hat sich bewährt. Es ist offen für einen Wandel in Freiheit, offen für eine moderne Politik sachorientierter Reformen. Ein Beispiel für die Vitalität und die Möglichkeiten, die in der Verfassung angelegt sind, ist die Soziale Marktwirtschaft. Sie

stellt den Versuch dar, die Prinzipien der Verfassung und der Demokratie auch auf dem Gebiet der Wirtschaftsordnung zu verwirklichen.

## Sozialstaat weiter entwickeln

Die Lösung der künftigen Probleme wird gewiß nicht scheitern an einer angeblich statischen Verfassung, sondern allenfalls an dem Mangel an politischem Mut, Phantasie und Augenmaß bei jenen, die die politische Verantwortung tragen. Wo immer das Grundgesetz einer sachlich gebotenen Anpassung bedarf, haben wir uns dieser nicht widersetzt; wir werden uns ihr auch in Zukunft nicht entgegenstellen.

Eine dieser politischen Herausforderungen liegt für uns in der Aufgabe, den Sozialstaat auf eine freiheitlich, demokratische Weise weiterzuentwickeln.

Das Grundgesetz kennt nicht die falsche Alternative: Rechts- oder Sozialstaat. Es hat den Rechtsstaat **und** den Sozialstaat als Prinzipien gleichen Ranges und gleichen Gewichtes normiert.

Sozialstaatsprinzip bedeutet für uns: die tatsächliche Verwirklichung der Grundrechte für jeden einzelnen durch eine Politik, die sich an den Geboten der Chancengleichheit und der sozialen Gerechtigkeit orientiert. Der Staat muß die Voraussetzungen dafür schaffen, daß jeder seine Rechte und Freiheiten mit Aussicht auf Erfolg wahrnehmen kann. Auf diese Weise stellt das Sozialstaatsprinzip jeden Bürger in die Solidarität der gesamten politischen Gemeinschaft. Der Staat muß durch seine Politik die Bedingungen für die Möglichkeit individueller Freiheit schaffen. Der Gebrauch der Freiheit bedarf nämlich gesellschaftlicher Voraussetzungen, die wir immer wieder neu erbringen müssen.“

## ■ INFLATION

# Dr. Rudolf Sprung: „Diese Verluste sind ein Skandal“

**Mit dem „Milliarden-Ding“ der Bundesregierung, mit den enormen Verlusten, die Millionen Sparer und Wertpapierbesitzer durch die Inflation erlitten haben, ging der CDU-Abgeordnete Dr. Rudolf Sprung (Goslar) in der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestages ins Gericht. Hier ein authentischer Auszug aus der Debatte:**

**D**as Trauerspiel, von dem ich spreche, ist der enorme, einmalig hohe, durch Inflation und die inflationsbedingte Entwicklung des Kapitalmarktes und der Zinsen entstandene Substanzverlust, den Millionen Sparer und Wertpapierbesitzer erlitten haben und weiter erleiden. Diese Verluste übersteigen die normale Vorstellungskraft. Dazu nunmehr einige nüchterne Zahlen, Zahlen, die Sie sämtlich dem Bundesbankbericht entnehmen können.

Ende 1973 betragen die Geldwerte von Privaten und Unternehmern ohne Einzahlung an Bausparkassen und Lebensversicherungen rund 650 Milliarden DM. Davon waren 280 Milliarden DM Spareinlagen. Außerdem befanden sich festverzinsliche Wertpapiere über rund 240 Milliarden DM im Umlauf. Das Aktienvermögen der Gesellschaften, deren Aktien an Börsen notiert werden, belief sich Ende 1973 auf rund 125 Milliarden DM.

Betrachten wir nur die Spareinlagen und die festverzinslichen Wertpapiere,

so ergaben sich im Jahre 1973, also in einem einzigen Jahr, meine Damen und Herren, folgende Verluste: Verluste bei den Spareinlagen bei 7% Preissteigerung 19 Milliarden DM, Verluste bei festverzinslichen Wertpapieren bei 7% Preissteigerung 15 Milliarden DM. Die Verluste infolge Kursverfalls können nur geschätzt werden. Geht man von einem Anstieg der Rendite im Jahresdurchschnitt 1972 auf 1973 von 8,2 auf 9,5% aus, so dürfte der Verlust rund 32 Milliarden DM betragen haben.

*(Abg. Dr. Ritz: Unerhört!)*

Die Verluste bei Spareinlagen und festverzinslichen Wertpapieren beliefen sich mithin in einem einzigen Jahr auf 66 Milliarden DM.

*(Abg. Dr. Ritz: Eine solche Politik wird noch als Erfolg verkauft!)*

Rechnet man, meine Damen und Herren, außerdem die Verluste beim Aktienvermögen hinzu, nämlich 33 Milliarden DM Kursverluste und 9 Milliarden DM Verluste infolge von Preissteigerungen — vergessen wir doch nicht, daß es in diesem Lande immerhin vier Millionen Aktionäre gibt, darunter solche mit kleinem und kleinstem Einkommen —,

*(Beifall bei der CDU/CSU)*

so ergibt sich für diese drei Gruppen der phantastische Verlust im Betrag von 108 Milliarden DM.

*(Hört! Hört! bei der CDU/CSU)*

Nur für Spareinlagen, festverzinsliche Wertpapiere und Aktien!

*(Abg. Leicht: Und das sind Feststellungen der Bundesbank!)*

Das sind Zahlen, die ich dem Bericht der Bundesbank entnommen habe.

*(Abg. Dr. Ritz: Das wird als erfolgreiche Politik verkauft!)*

Aber selbst die Nettorechnung ergibt eine Riesensumme. Rechnet man die Zinseinnahmen gegen, so verbleibt bei den Spareinlagen ein Minus von 4 Milliarden DM und bei den festverzinslichen Wertpapieren ein Minus von mindestens 32 Milliarden DM. Das sind zusammen 36 Milliarden DM, wohl-gemerkt, in der Nettorechnung. Nimmt man außerdem die Nettoverluste von 37 Milliarden DM beim Aktienvermögen hinzu, ergibt sich ein Nettoverlust von insgesamt 73 Milliarden DM. Meine Damen und Herren, was sind dagegen 5 Milliarden DM Vermögensbildung, die es — zumindest vorläufig — noch nicht einmal geben wird?

*(Abg. Stücklen: Robtäscherei ist das!)*

Was sind dagegen selbst jene 10 bis 12 Milliarden DM nach der sogenannten Steuerreform? In einem einzigen Jahr sind Vermögensverluste in Höhe von 73 Milliarden DM zu verzeichnen!

Meine Damen und Herren, das sind die wahren Größenordnungen der Inflation. Das sind Vermögensverluste, die Millionen von Bürgern in diesem Lande zu tragen hatten und haben. Unter ihnen sind Millionen mit kleinem und kleinstem Einkommen. Diese Verluste sind ein Skandal!

*(Abg. Stücklen: Sehr richtig!)*

Sie sind von denen zu verantworten, die die Inflation zugelassen haben und sich zu einer Stabilitätspolitik erst entschlossen, als es zu spät war.

*(Beifall bei der CDU/CSU)*

Meine Damen und Herren, es ist eine unmögliche Situation, wenn der Gesetz-

geber für Schutzbedürftige die Anlagen in festverzinslichen Wertpapieren vorschreibt, die Regierung aber nicht in der Lage ist, die Substanz zu erhalten. Es ist eine Groteske, daß die Bundesregierung im vergangenen Jahr eine Stabilitätsanleihe — man beachte den Namen; er klingt wie Hohn — auflegt, die heute nur noch zum Kurs von 86 notiert. Diejenigen, die diese Anleihe gezeichnet haben, durften darauf vertrauen — und sie haben es auch getan —, daß mit der Stabilitätsanleihe das erreicht wird, was ihr Name bezeichnet, nämlich Stabilität. Vielleicht haben sie sogar geglaubt, daß der Kurs der Anleihe stabil bliebe. Wenn sie im letzten Jahr 100 DM für diese Anleihe bezahlt haben, müssen sie heute nun erleben, daß sie nur noch 86 DM zurück-erhalten, wenn sie die erworbenen Wertpapiere veräußern müssen. So ergibt sich ein Verlust von 21 % in einem Jahr.

*(Hört! Hört! bei der CDU/CSU)*

Ist es nicht verständlich, wenn dabei das Vertrauen verlorengeht, und der private Sparer Staatsanleihen künftig mit äußerster Zurückhaltung begegnet? Besonders schlecht sind alle diejenigen dran, die früher Anleihen und sonstige festverzinsliche Wertpapiere mit einem Zinssatz von 6 % und darunter gekauft haben. Diese Anlagen notieren heute teilweise nur noch zu einem Kurs von 60 DM. Meine Damen und Herren, das bedeutet, wer vor Jahren für seine Alterssicherung Anleihen kaufte und heute dieses Geld benötigt und deshalb die Wertpapiere verkaufen muß, erhält für 100 DM, die er einst bezahlte, nur noch 60 DM zurück, und zwar D-Mark, die heute nur noch etwas mehr als die Hälfte dessen wert ist, was sie einst war.

*(Hört! Hört! bei der CDU/CSU — Abg. Dr. Ritz: Skandalös!)*



## ■ KOALITION

### Wehner hetzt weiter

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Wehner läßt nicht davon ab, das Abtreten Brandts als Bundeskanzler, an dem er selbst beteiligt war, mit einem angeblichen „Staatsstreich-Versuch“ zu vernebeln. Auf der SPD-Kundgebung in Hannover am Montagabend (25. 5. 1974) sagte er wörtlich: „Der heimtückische Versuch eines kalten Staatsstreichs wurde zurückgeschlagen.“

CDU/CSU-Fraktionschef Karl Carstens antwortete Wehner: „Wehners These von der Vorbereitung eines kalten Staatsstreiches ist das Unsinnigste, was dem deutschen Volke seit langem aufgetischt worden ist. Wehner betreibt diese Hetzkampagne gegen uns, um von dem inneren Zustand der SPD abzulenken. Mehr und mehr Wähler haben der SPD den Rücken gekehrt. Wehner versucht durch unverantwortliche Hetze das Blatt zu wenden. Diese Art von Hetze ist gefährlich für die Entwicklung in unserem Lande.“

### Neue Volksfront bahnt sich an

Eine neue Volksfront-Koalition aus Liberalen, Jungsozialisten und Kommunisten bahnt sich an der Universität Göttingen an. Nach den Studentenratswahlen, aus denen die Juso-Hochschulgruppe mit 35,3% der Stimmen als stärkste Fraktion vor dem Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) mit 28 Prozent hervorging, teilte ein Sprecher der Juso-Hochschulgruppe mit, daß seine Organisation eine Koalition mit dem Liberalen Hochschulverband und mit mindestens einer der drei

kommunistischen Hochschulgruppen anstrebe. In Frage kommen der kommunistische Studentenbund (9,5 Prozent), der MSB-Spartakus (4,1) und das „Initiativ-Komitee zur Gründung einer Kommunistischen Hochschulgruppe“ (10,1).

### Gymnasiasten: Das Volk bewaffnen

Denkansätze, wie sie in den vom niedersächsischen Kultusministerium herausgegebenen „Handreichungen für Lernziele, Kurse und Projekte im Sekundarbereich II“ vermittelt werden, sind von Oberschülern in Emden und Norden (Ostfriesland) in politische Aktionsprogramme umgesetzt worden.

In den „Handreichungen“ werden die Fragen gestellt: „Ist eine Revolution (etwa im Sinne von Marx, Lenin, Mao, Guevara oder H. Marcuse) in der BRD möglich? Was könnte/müßte sie zu erreichen versuchen?“ Mit diesen Themen haben sich die Kommunistische Schülergruppe „Norden (KSG/N)“ und die „KG-Initiative Norden/Emden“ auseinandergesetzt.

In bekanntgewordenen Unterlagen der „KSG/N“ wird die „Notwendigkeit der Schaffung einer kommunistischen Massenorganisation im Schulbereich“ unterstrichen.

### Parteibuch-Medizin

Das klassenlose Krankenhaus ist einer der Schlager der SPD, während die CDU auf das erstklassige Krankenhaus für alle setzt. Wie prominente Genossen das klassenlose Krankenhaus für Parteiinteressen benutzen, macht ein Brief deutlich, den Prof. Dr. M. Pflanz mit Datum vom 2. Mai auf offiziellem Kopfbogen der Medizinischen Hochschule (Institut für Epidemiologie und

Sozialmedizin) an einen Kollegen geschrieben hat. Der Wortlaut:

„Sehr geehrter Herr Kollege B.

Herr Meino Nielsen stellt bei Ihnen seine Tochter unter der Fragestellung der Operation eines Nabelbruches vor. Ich bin medizinisch mit dem Fall nicht befaßt, wollte Ihnen aber sagen, daß Herr Nielsen eine auch für unsere Hochschule wichtige Persönlichkeit im Lande Niedersachsen ist (Vorstandsvorsitzender des Landesverbandes der Ortskrankenkassen, einflußreicher Berater des jetzigen und künftigen Sozialministers usw.), und daß wir von ihm bisher jede erforderliche Unterstützung erhalten haben. Obwohl ich keinen Anlaß zum Zweifel daran habe, daß bei Ihnen alles Erforderliche getan wird, möchte ich Ihnen mit diesen Zeilen nur sagen, daß die Behandlung der Tochter sicher zur Förderung dieses Wohlwollens beitragen kann.

Mit bestem Dank und kollegialen Grüßen Manfred Pflanz“

## **CDU verurteilt Ausschreitungen von SPD-Ordernern**

Als „erschütterndes Beispiel für die Verwilderung der Wahlkampfsitten bei der SPD“ hat der niedersächsische CDU-Generalsekretär Dieter Haassengier Ausschreitungen von SPD-Ordernern bei der SPD-Kundgebung vor dem hannoverschen Rathaus verurteilt, bei denen am Montagabend mindestens drei Mitglieder der Jungen Union — zwei Mädchen und ein Junge — erheblich verletzt wurden.

SPD-Ordner und Kundgebungsteilnehmer, die Helme mit der Aufschrift „IG Metall“ trugen, haben mit den Fäusten und mit Knüppeln eingeschlagen und ihre Transparente zerstört, erklärte

Haassengier. Erschreckend sei vor allem der Fanatismus, mit dem sich zahlreiche ältere Kundgebungsteilnehmer an den Tätlichkeiten gegen „eine Gruppe mutiger junger Menschen beteiligt haben, die nichts weiter getan hat, als friedlich ihre Sympathie für die CDU zu bekunden.“ Die SPD habe diesen jungen Menschen ein abstoßendes Beispiel für ihr Demokratieverständnis und ihre Interpretation der Meinungsfreiheit gegeben.

## **Bedenken gegen Nollau bleiben**

Obwohl „Capital“ seine Vorwürfe gegen den Präsidenten des Bundesverfassungsschutzamtes Dr. Nollau zurückgenommen hat, bleiben die Unionsparteien, wie Dr. Franz-Josef Strauß in einem „Bild“-Interview am 27. Juni 1974 erklärte, bei ihrer Überzeugung, daß Nollau für eine führende Stellung im Geheimdienstbereich nicht qualifiziert sei.

Frage: Warum hat die CDU/CSU Bedenken gegen Dr. Nollau?

Strauß: „Nollau sollte schon 1967 auf Vorschlag Wehners Vizepräsident des Bundesnachrichtendienstes werden. Das ist von Kanzler Kiesinger und von der CDU/CSU abgelehnt worden, weil sowohl der frühere BND-Chef Gehlen als auch dessen Nachfolger Wessel erhebliche Bedenken gegen Nollau hatten.“

Frage: Was waren das für Einwände?  
Strauß: „Gewisse Jahre seines Lebens nach dem Kriege sind nicht durchschaubar.“

Frage: Warum wurde Dr. Nollau dann Verfassungsschutzpräsident?

Strauß: „Diese Entscheidung wurde dem damaligen Innenminister Genscher von der SPD aufgezwungen.“

## ■ LANDESPARTEITAGE

# NRW: CDU bereitet sich auf Landtagswahlkampf vor

**Der 28. Landesparteitag der rheinischen CDU hatte eigentlich eine ganz besondere Aufgabe: er sollte zwischen den Personalwahlen und den Wahlkämpfen in aller Ruhe eine Strukturreform der Landespartei vornehmen. Dazu war eine Kommission unter Leitung des Landtagsabgeordneten Dr. Bernhard Worms eingesetzt worden, die in sehr kurzer Zeit einige wichtige Vorschläge zur Neuordnung des Landesverbandes und den entsprechenden Satzungsänderungen erarbeitet hatte.**

Jedoch machte die allgemeine politische Entwicklung, insbesondere die aktuelle Lage in Bonn, den Initiatoren einen Strich durch die Rechnung. Wen wundert es, daß die 536 Delegierten, statt Satzungsdebatten zu führen, viel lieber hören wollten, was die führenden Köpfe der Union — Helmut Kohl für die Bundes- und Heinrich Köppler für die Landespartei — zu den Ereignissen in Bonn zu sagen hatten.

Also blieb die eigentlich fällige Satzungsdebatte auf der Strecke bzw. wurde vertagt, was nicht den ungeteilten Beifall der Parteiführung und derjenigen Kreisverbände fand, die sich besonders sorgfältig mit den Strukturveränderungen in ihren Parteigliederungen befaßt hatten.

Die günstige Terminierung des Landesparteitages — er fand einen Tag nach

Schmidts Regierungserklärung statt — sorgte denn auch für ein großes politisches Aufgebot. Neben dem Bundesvorsitzenden Helmut Kohl waren der Generalsekretär Professor Dr. Kurt Biedenkopf und der frühere Bundesvorsitzende Dr. Rainer Barzel erschienen. Die rheinischen Parteimitglieder Hans Katzer, Dr. Gerhard Schröder und Helga Wex gehörten ohnehin zu den Delegierten des Parteitages, so daß in Neuss eine repräsentative Spitze der CDU Deutschlands vertreten war.

In einer langen, programmatischen Rede erklärte der Bundesvorsitzende, daß die Unionsparteien der neuen Bundesregierung Schmidt keine Schonfrist gewähren würden. Da Schmidt sich in voller Kontinuität mit der bisherigen Regierung Brandt sehe, müsse er auch die Mitverantwortung für das Scheitern der sozial-liberalen Politik tragen.

Die CDU erwarte, daß der neue Kanzler ein klärendes Wort gegenüber der beispiellosen Diffamierungskampagne von Wehner gegen die CDU/CSU spreche. Aus Wehners Worten klinge nicht mehr die Gemeinsamkeit der Demokraten, sondern der „blanke Haß“.

Den Startschuß zum Landtagswahlkampf gab der rheinische Vorsitzende und Oppositionsführer im Düsseldorfer Landtag Heinrich Köppler, indem er heftige Kritik an der Regierung Kühn/Weyer übte. Kühn regiere nicht mehr in

Düsseldorf, sondern er lasse lediglich verwalten.

Die nordrhein-westfälische CDU steht nach den Worten Köpplers gegenwärtig in der konkreten programmatischen Vorbereitung der Landtagswahl, bei der er in genau 50 Wochen Kühn als Ministerpräsident ablösen wolle. Der Countdown für die Durchführung der Landtagswahl laufe und werde von der günstigen Mitgliederentwicklung der CDU Rheinland begleitet.

Mit starkem Beifall des Parteitages verkündete Köppler als nächstes Ziel die Aktion „Rheinland 100 000“, um den Mitgliederstand des größten Landesverbandes der Bundes-CDU von gegenwärtig 95 065 auf 100 000 zu steigern.

Es wurde von den anwesenden Journalisten und Gästen aufmerksam registriert, daß die im Sekretariatsbereich veröffentlichte Mitgliederstruktur die These von der Volkspartei eindrucksvoll bestätige:

Der Anteil der Arbeiter und Angestellten liegt bei 39%, die Beamten mit 13,5% und die Selbständigen mit 24% in der Rheinland-CDU vertreten. Der Rest verteilt sich auf Hausfrauen — 10,2%, Studenten, Schüler und Lehrlinge — 7,3% und Renter — 5,2%.

Heinrich Köppler kritisierte mit der Zustimmung der Parteitagsdelegierten die politische Einseitigkeit der DGB-Spitze und erklärte: „Ich habe mich immer zum Prinzip der Einheitsgewerkschaft bekannt. Die Töne, die wir allerdings in letzter Zeit aus dem Bereich der Gewerkschaften uns gegenüber hören, stellen dieses Prinzip mehr und mehr in Frage. Die gegenwärtigen Führer des DGB müssen sich darüber im klaren sein, daß es zur Einheitsgewerkschaft Alternativen gibt“.

## Sittliche Wertung der Deutschen eine Anmaßung

**„Die Landtagswahl in Niedersachsen sollte eine Wahl für oder gegen Brandt werden, so wollte es der überraschend zurückgetretene Bundeskanzler, doch Brandt hat vorher kapituliert“, sagte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Heinrich Windelen, auf dem Landesparteitag der Braunschweiger CDU in Salzgitter-Bad. Brandt sei nicht nur mit seiner Politik gescheitert, sondern auch von seinen engsten Freunden im Stich gelassen worden. Die Folgen dieser gescheiterten Politik werde das deutsche Volk noch lange zu tragen haben.**

**W**indelen fürchtet, daß die kommende Generation wieder einmal für die Versäumnisse einer übereilten Politik zu zahlen haben werde, deren Verträge jedesmal vor Wahlterminen in panischer Hast durchgepeitscht wurden. Davor hatte die CDU/CSU nach den Worten Windelens lange vergeblich gewarnt.

Sie warnte auch davor, die Geldentwertung auf die leichte Schulter zu nehmen. Aber wie aus der Ostpolitik ein „armseliges Rinnsal“ mit bisher 2 000 Aussiedlern aus den polnisch verwalteten Ostgebieten in diesem Jahr (gegenüber 50 000 in Aussicht Gestellten) wurde, so übersprang auch die Inflation die von Brandt einmal genannte Grenze von 4% und steht jetzt bei 7 bis 8%.

Brandt stehe nicht die Rolle eines Sittenwächters zu, die er sich in Berlin mit

der Einteilung der Deutschen in „anständige“ und „unanständige“ ange-  
maßt habe. Die Kubel-Wähler seien für  
ihn (Windelen) ebenso anständige Deut-  
sche — vielleicht nicht so gut informiert  
— wie die Hasselmann-Wähler. Hassel-  
mann vertrete aber die bessere Politik  
und habe die besseren Männer.

Die Opposition habe nicht die Absicht,  
die Bonner Koalition zu sprengen, denn  
der neue Bundeskanzler stehe mit sei-  
nem „Kabinett der Staatssekretäre“ vor  
einer verzweifelten schweren Aufgabe.  
Er habe allenfalls die Chance, sich

persönlich für den Wahlkampf 1976 zu  
profilieren, im übrigen seien schwere  
Spannungen in der SPD und in der Ko-  
alition unausweichlich.

Die Vertagung der Bildungsreform ent-  
täuschte weite Teile unserer Jugend,  
die Vermögensbildung in Arbeitnehmer-  
hand falle flach, und die laut gepriesene  
„Steuerreform“ sei eigentlich nur ein  
Steueränderungsgesetz, dessen 10 bis  
12 Mrd. DM ein kümmerlicher Ersatz für  
die den Sparern allein 1973 genomme-  
nen 40 Milliarden Mark Vermögenswerte  
seien.

## Eine kämpfende Gemeinschaft bleiben

**Mit großer Geschlossenheit vollzog  
sich bei der Hamburger CDU ein  
Machtwechsel. Mit einer Mehrheit  
von 78 Prozent wählten die Dele-  
gierten des Landesausschusses  
Jürgen Echternach (36), Oppositions-  
führer in der hamburgischen  
Bürgerschaft, zum neuen Vor-  
sitzenden der Union in der  
Hansestadt. Von 320 abgegebenen  
Stimmen erhielt Echternach 248.  
Der bisherige Landesvorsitzende,  
Dietrich Rollmann, hatte auf  
eine erneute Kandidatur verzichtet.**

Der Übergang vollzog sich ohne Reibun-  
gen, wie unabhängige Beobachter über-  
einstimmend berichteten. Bei den an-  
schließenden Wahlen zu den stellvertre-  
tenden Landesvorsitzenden erzielte Erik  
Blumenfeld mit 281 den Stimmenrekord.  
Auf Stephan Reimers entfielen 267 und  
auf Hans-Georg Kuhn 252.

Blumenfeld, der vor Rollmanns Amtszeit  
Landesvorsitzender der Hamburger CDU  
war, hatte als Bürgermeisterkandidat  
zusammen mit Jürgen Echternach den  
Bürgerschaftswahlkampf geführt und

am 3. März die Serie der CDU-Erfolge  
eingeleitet. Mit Blumenfeld als Bürger-  
meisterkandidat verbesserte die CDU  
ihren hamburgischen Stimmenanteil von  
32,8 auf 40,6 Prozent.

Der neue Landesvorsitzende Jürgen  
Echternach proklamierte vor dem Lan-  
desausschuß gleich das nächste Ziel —  
nachdem er „die unbestrittenen Leistun-  
gen“ seines Vorgängers Rollmann ge-  
würdigt hatte —, „nämlich alles zu tun,  
um 1976 nicht nur die Bundesregierung  
in Bonn abzulösen, sondern zwei Jahre  
später auch in Hamburg die SPD in die  
Opposition zu schicken“.

Echternach stellte in seiner Rede eine  
Reihe von Maßnahmen zur Verstärkung  
der Parteilarbeit nach innen und außen  
in Aussicht und eine enge Zusammen-  
arbeit zwischen dem Landesverband  
und der Bürgerschaftsfraktion. Der neue  
Landesvorsitzende appellierte an alle  
Mitglieder, die Einigkeit und Solidari-  
tät, die sich in den Wochen des ham-  
burgischen Wahlkampfes manifestiert  
habe, zu bewahren und die Union als  
eine solidarische und kämpfende Ge-  
meinschaft zu verstehen.

# ■ ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Dieses Material für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit ist beim VVA-Versandzentrum zu angegebenen Preisen und Mengen sofort lieferbar. Hier das komplette Angebot:

| Best.-<br>Nr. | Titel  | Mindest-<br>abnahme | Stückpreis<br>DM |
|---------------|--|---------------------|------------------|
| 86            | Die Geschichte der CDU   | 10 St.              | 2,—              |
| 94            | Regiebuch 1: Mitgliederwerbung                                       | 25 St.              | 1,—              |
| 95            | Regiebuch 2: Neubürgerbetreuung                                      | 25 St.              | 1,—              |
| 100           | CDU-Statut, Finanzordnung  | 20 St.              | 0,60             |
| 140           | Regiebuch 3: Mitgliederinitiativen                                   | 25 St.              | 1,—              |
| 176           | Faltprospekt zur Mitgliederwerbung                                   |                     |                  |
|               | „Ergreifen Sie Partei“ mit Antwortcoupon                             | 1 000 St.           | 0,05             |
| 177           | Regiebuch 4: Wahlkampf   | 25 St.              | 2,—              |
| 186           | Flugblatt: Die Deutsche Einheit bleibt<br>Verfassungsgebot           | 1 000 St.           | 12,— pro 1 000   |
| 226           | Die CDU Deutschlands — Aufbau und<br>Organisation                    | 25 St.              | 0,20             |
| 236           | Faltprospekt: Bodenrecht   | 1 000 St.           | 50,— pro 1 000   |
| 237           | Faltprospekt: Berufliche Bildung                                     | 1 000 St.           | 57,75 pro 1 000  |
| 238           | Faltprospekt: Mitbestimmung  | 1 000 St.           | 50,— pro 1 000   |
| 239           | Faltprospekt: Vermögensbildung                                       | 1 000 St.           | 57,75 pro 1 000  |
| 242           | Wandzeitung: Parteitag   | 25 St.              | 4,— pro 25       |
| 243           | Broschüre: Materialien zur Grundsatzarbeit<br>der CDU                | 100 St.             | 0,20             |
| 246           | Broschüre: Berliner Programm   | 50 St.              | 0,26             |
| 247           | Prof. Biedenkopf: Die Politik der<br>Unionsparteien                  | 20 St.              | 0,25             |
| 250           | Lehrlingsfaltprospekt  | 1 000 St.           | 40,— pro 1 000   |
| 254           | Flugblatt: Arbeitsplatzsicherung                                     | 1 000 St.           | 15,40 pro 1 000  |
| 255           | Flugblatt: Umweltschutz  | 1 000 St.           | 12,— pro 1 000   |
| 256           | Flugblatt: Preise  | 1 000 St.           | 12,— pro 1 000   |
| 258           | Schul- und Hochschulreformprogramm<br>der CDU                        | 10 St.              | 0,40             |
| 268           | Rede Carstens in der Verfassungsdebatte<br>des Deutschen Bundestages | 20 St.              | 0,35             |
| 271           | Vierfarbplakate Carstens, A 0  | 100 St.             | 0,77             |
| 272           | Vierfarbplakate Biedenkopf, A 0                                      | 100 St.             | 0,77             |
| 275           | Prof. Biedenkopf: Vortrag auf dem<br>Wirtschaftstag '74              | 20 St.              | 0,46             |
| 276           | Rede Kohl zur Kommunalpolitik  | 20 St.              | 0,30             |
| 277           | Flugblatt: Soziale Demontage   | 1 000 St.           | 15,40 pro 1 000  |
| 278           | Faltprospekt: Verfassung der Freiheit                                | 1 000 St.           | 48,— pro 1 000   |
| 279           | Wandzeitung: Verfassung der Freiheit                                 | 25 St.              | 4,— per 25       |

| Best.-Nr. | Titel  | Mindestabnahme | Stückpreis DM  |
|-----------|--|----------------|----------------|
| 280       | Rahmen-Plakat, A 1 — Öffentliches Verfassungsforum —   | 100 St.        | 32,— pro 100   |
| 282       | Faltprospekt: Welche Rechte haben Eltern?              | 1 000 St.      | 42,— pro 1 000 |
| 283       | Faltprospekt: Noch nie wurde ...                       | 1 000 St.      | 58,— pro 1 000 |
| 284       | Faltprospekt: Politik mit dem Bürger für den Bürger    | 1 000 St.      | 51,— pro 1 000 |
| 286       | Wandzeitung: CDU-Politik mit dem Bürger für den Bürger | 1 000 St.      | 4,— per 25     |

**Diverses:**

|       |  |           |              |
|-------|--|-----------|--------------|
| 126   | Willkommen-Schecks   | 50 St.    | 0,50         |
| 145   | CDU-Autoaufkleber  | 100 St.   | 10,— pro 100 |
| 146   | CDU-Schlüsselanhänger  | 100 St.   | 23,— pro 100 |
| 148   | CDU-Anstecknadel<br>(blau mit CDU-Signet, Silber)  | 100 St.   | 27,— pro 100 |
| 155   | CDU-Abzeichen mit Silberkranz für 25jährige und längere Mitgliedschaft mit Anstecknadel (für Männer)     | 25 St.    | 13,75 pro 25 |
| 178   | Sonnenschirm zum Canvassing-Stand  |           | 53,—         |
| 208   | Ehrenurkunde für 25jährige Mitgliedschaft  | 25 St.    | 0,35         |
| 264   | CDU-Abzeichen mit Silberkranz für 25jährige und längere Mitgliedschaft mit Sicherheitsnadel (für Frauen) | 25 St.    | 16,— pro 25  |
| 270   | Autoaufkleber<br>— Fahren mit Vernunft —   | 1 000 St. | 0,10         |
| 1 015 | Informationsmappen ohne Inhalt   | 50 St.    | 0,50         |
| 1 016 | Pressemappen ohne Inhalt   | 50 St.    | 0,50         |
| 1 018 | Canvassing-Stand incl. Verpackung  |           | 85,—         |

| Bestell-Coupon                         |  | Hiermit bestelle ich zur sofortigen Lieferung und Rechnungsstellung an meine Anschrift |             |           |                |
|--|--|--|-------------|-----------|----------------|
|  |  | Best.-Nr.  | Bezeichnung | Stückzahl | Rechnungssumme |
| An das VVA-Versandzentrum              |  |  |             |           |                |
| <b>4 Düsseldorf 1</b><br>Postfach 8227 |  |  |             |           |                |
| Absender: Name .....                   |  | .....  |             |           |                |
| Anschrift .....                        |  | .....  |             |           |                |

**Bestellungen an das VVA-Versandzentrum in 4 Düsseldorf 1, Postfach 82 27. Alle Preise verstehen sich zuzüglich Mehrwertsteuer und Versandkosten.**

■ ZITAT

## Gibt es doch einen Fall Nollau?

An die Spitze des Amtes gehört ein Mann, der juristische Qualifikationen mitbringt, Erfahrungen auf dem Gebiet der Strafverfolgung, vielleicht auch ein bißchen Einblick in die Arbeit der Geheimdienste. Es muß vor allem ein Mann sein, den vor seiner Berufung zu beobachten hinreichend Gelegenheit war. Diese Regeln wurden bei Nollaus Berufung nicht befolgt. Er kam frisch aus der DDR in das Bundesamt für Verfassungsschutz. Jedervernünftige Flüchtling wird einsehen, daß er für einen schmalen Bereich von Ämtern und Positionen hier nicht in Betracht kommt. Daß Nollau Mitglied der NSDAP war, ist einem Angehörigen seiner Generation heute gewiß nicht mehr vorzurechnen. Ungeklärt ist freilich geblieben, warum er offenbar freiwillig — 1942 ins „Generalgouvernement“ ging. Dergleichen zählt sonst als Belastung. Mysteriös geblieben ist auch der Umstand, daß die DDR gegen den Flüchtling Nollau eine Strafverfolgung wegen Mordes inszenierte. Eine Begründung des Nollau in den Westen nachgeschickten Haftbefehls gibt es; Nollau bezeichnet sie als konfus. Wenn die DDR halbwegs prominenten Flüchtlingen gewohnheitsgemäß konfuse Anklagen in den Westen nachgeschickt hätte, könnte man es leichter als bedeutungslos

### Anschrift:

abtun, daß im Fall Nollau so verfahren wurde.

Es bleibt die Förderung der Karriere Nollaus durch Herbert Wehner, und es bleiben die vermuteten Gegenleistungen: Von der Einblickgewährung in bestimmte Unterlagen des Amtes bis zu der Übermittlung von Berichten über die Beziehungen zwischen Brandt und dem Spion Guillaume. Das gehört zu dem, was Nollau letzthin auf eine Weise ins Gerede gebracht hat, die Nährboden bot für die Verdächtigung, die in der Zeitschrift „Capital“ nun nicht erscheinen wird, die dennoch in der Welt ist: Bis zu dem Zeitpunkt, in dem alle diesem Staat zur Verfügung stehende Mittel der Aufklärung eingesetzt worden sind. Es bleibt auch, daß in dem Schema der Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten im Fall Nollau ein fremdes, ein nicht hingehörendes Gesicht auftaucht, zwischen dem Innenminister und dem ihm direkt unterstellten Bundesamt für Verfassungsschutz gibt es den Seitenweg zu Herbert Wehner, einem Mann ohne Staatsamt und formalisierte Verantwortlichkeit.

FAZ, 28. 5. 1974

**U+D**

**Union in Deutschland** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Redaktion:** Gisbert von Wersebe 53 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon 20 21. **Verlag:** Unior Betriebs GmbH., 53 Bonn, Argelanderstraße 175, Telefon 22 00 40. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Gerhard Braun. **Bankverbindung:** Commerzbank Bonn Nr. 1124 932. Postscheckkonto Köln 193 795. Abonnementspreis vierteljährlich 9,— DM. Einzelpreis 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.